

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d

Inhalt

Marie Schlei MdB würdigt Bruno Kreisky zum zehnjährigen Jubiläum als Österreichs Bundeskanzler: Im Dienste von Entspannung, Zusammenarbeit und Ausgleich. Seite 1

Niels Diederich MdB fordert, aus der Schädlichkeit des Treibgases "Frigen 22" Konsequenzen zu ziehen: Verbot spätestens 1985. Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB kritisiert die Entscheidung der Bundesratsmehrheit zum Lärmschutzgesetz: Neuerliche Unionsdoppelzüngigkeit. Seite 3

Hans-Jürgen Augstein MdB setzt sich für eine klarere gesetzliche Regelung ein: Viel zu viele Schwerbehinderte arbeitslos. Seite 4

Peter Schellschmidt erläutert, daß die CDU nur noch nicken darf: Strauß-Sprechblasen. Seite 5

Dokumentation

Heinz Oskar Vetter vor der sicherheitspolitischen Informationstagung der SPD.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 77

22. April 1980

Im Dienste von Entspannung, Zusammenarbeit und Ausgleich

Bruno Kreisky ist seit zehn Jahren österreichischer Bundeskanzler

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seit nunmehr zehn Jahren ist Bruno Kreisky Bundeskanzler der Republik Österreich. Er ist heute der am längsten amtierende sozialdemokratische Regierungschef in Europa. Wir Sozialdemokraten wissen zu schätzen, was er im vergangenen Jahrzehnt für Frieden und Entspannung in Europa und weltweit geleistet hat und wir schulden ihm für seine Unterstützung und Ermutigung beim Zustandekommen der Verträge mit unseren östlichen Nachbarn Dank und Anerkennung.

Seine Politik hat nicht nur in Europa zu mehr Annäherung und Verständigung geführt. Mit ihr hat Österreich auch die Ölkrise von 1973 besser als viele andere Industrienationen bewältigen können. Aus der Weltwirtschaftskrise ist Österreich bisher mit einem hohen Maß an wirtschaftlicher und sozialer Stabilität hervorgegangen. Die politische und wirtschaftliche Brückenfunktion Österreichs zu seinen östlichen Nachbarn hat dabei eine wesentliche Rolle gespielt.

Mit dem österreichischen Staatsvertrag von 1955, an dem Bruno Kreisky als Staatssekretär nicht unerheblich mitgewirkt hat, ist dem zähen Bemühen um Ausgleich und Zusammenarbeit ein Beispiel gesetzt worden, das er zu Recht als den eigentlichen Beginn der Entspannungspolitik gewertet hat. In diesem Geist hat sich Bruno Kreisky stets mit Geduld und Beharrlichkeit um die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen in ganz Europa bemüht. Die KSZE-Schlussakte war das Ergebnis dieser Bemühungen. Ihren Geist zu bewahren und die friedliche Konfliktlösung fortzuentwickeln sind wir alle aufgerufen.

In diesem Jahr feiert Österreich zugleich das 25jährige Bestehen des österreichischen Staatsvertrages. Aus diesem Anlaß hat Österreich die Signatarstaaten Mitte Mai nach Wien eingeladen. Angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Krisen sollte die "bescheidene Idee" des österreichischen Bundeskanzlers, am Rande der Jubiläumsfeiern Gespräche zu ermöglichen, aufgenommen und genutzt werden. Der Ort und der Geist, von dem sich die österreichische Politik leiten läßt, bieten eine gute Grundlage dafür, Weichen für die friedliche Konfliktlösung zu stellen.

(-/22.4.1980/ks/ca)



Verbot spätestens 1985

Aus der Schädlichkeit des Treibgases "Frigen 11" müssen Konsequenzen gezogen werden

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB

Stellvertretendes Mitglied im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

Auch die Bundesregierung weiß, wie aus Antworten auf verschiedene Fragen hervorgeht, daß die unbestrittene Zerstörung der Ozonschicht fortschreitet und wahrscheinlich sehr langfristig und kumulativ wirkt und schließlich zu einer lebensbedrohenden Gefahr werden kann.

So erfreulich die erreichte schrittweise Verminderung der Verwendung des Fluorkohlenwasserstoff-Gases "Frigen 11" um 30 Prozent bis Ende 1981 ist, so bedauerlich ist es, daß die Bundesregierung derzeit nicht bereit oder in der Lage ist, über Appelle an das Verbraucherverhalten hinauszugehen. Notwendig wäre die Festlegung eines genauen und eng gefaßten Zeitplans, nach dem durch schrittweise Reduzierung bis zum endgültigen Verwendungsverbot fortgeschritten wird. Dies muß unbeschadet weiterer Forschungen über das genaue Ausmaß der Schädlichkeit erfolgen. Denn die Schädlichkeit selbst ist unbestritten, die Gelehrten streiten sich lediglich über den Zeitpunkt, zu dem die Schäden nicht mehr zu beheben sind und eine Katastrophe auslösen. Der Zeitpunkt des endgültigen Verbots sollte also spätestens 1985 oder besser noch früher liegen.

Das Argument der Wirtschaft, noch gebe es keine befriedigende und wirtschaftliche Alternative, zieht nicht. Eine entsprechende Diskussion hat es seinerzeit beim Verbot schädlicher Konservierungsstoffe gegeben. Die insbesondere betroffene Fischwirtschaft hat sich damals, angesichts eines angemessenen aber begrenzten Übergangszeitraums, ohne Schwierigkeiten umstellen können, obwohl zuvor das Ende dieses Wirtschaftszweiges an die Wand gemalt worden war.

Bis zu einer Durchsetzung eines endgültigen Verbots müssen die Verbraucher auf die Bedeutung des neuen Umweltzeichens bei Aerosol-Produkten hingewiesen und aufgefordert werden, beim Kauf von Spraydosen die Belange des Umweltschutzes künftig streng zu berücksichtigen.
(-/22.4.1980/hf/ca)

+ + +



Neuerliche Unionsdoppelzüngigkeit

Unionsmehrheit im Bundesrat blockiert Verkehrslärmschutzgesetz

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Die mit der Mehrheit der CDU/CSU-Länder vorgenommene Überweisung des Verkehrslärmschutzgesetzes in den Vermittlungsausschuß ist ein neues Beispiel für die umweltpolitische Doppelzüngigkeit der Unionsparteien.

Vor wenigen Wochen tat sich die Union noch "dick" mit ihren Verdiensten um das Verkehrslärmschutzgesetz. Sie meinte, der Bundesregierung vorwerfen zu müssen, sie habe das Verkehrslärmschutzgesetz verschleppt. Angesichts dieser starken Worte und dem handfesten, wenn auch zweifelhaften Versuch, das Verkehrslärmschutzgesetz auf die Haben-Seite der Opposition zu buchen, hatten die Beobachter vermutet, die Zustimmung der Unionsländer im Bundesrat sei gesichert. Aber dies war eine Fehlkaikulation. Der vermeintliche Unionslorbeer ist sehr schnell verwelkt.

Dieses diffuse Verhalten der Unionsparteien in den Beratungen des Verkehrslärmschutzgesetzes ist beispielhaft für viele andere politische Bereiche. Ein koordiniertes Vorgehen zwischen der vom CDU-Bundesvorsitzenden Kohl geführten Bundestagsfraktion und den unter der Stimmführerschaft von Franz Josef Strauß stehenden Unionsländern im Bundesrat ist offensichtlich nicht zu erwarten. Totale Konfusion prägt das Bild.

Wie oft ist in Feiertagsreden nicht schon die notwendige Glaubwürdigkeit gegenüber dem insbesondere im Umweltbereich sensibilisierten Bürger beschworen worden. Der wird jetzt wissen, was er zu halten hat von einer Partei, die das wichtigste Umweltschutzgesetz dieser Legislaturperiode innerhalb von sechs Wochen einmal als Eigenleistung der Union okkupiert und andererseits als zu perfektionistisch und zu teuer verdammt.

Die im Hinblick auf eine finanzielle Entlastung von der Unionsmehrheit des Bundesrates geforderte Aufstockung um drei Dezibel (A) bei den Immissionsgrenzwerten ist eine enorme gesundheits- und umweltpolitische Verschlechterung. Das wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß aufgrund der logarithmischen Maßeinheit bereits drei Dezibel (A) einer Verdoppelung der Kraftfahrzeug-Menge entsprechen.

Da sich der Bund nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz mit 60 Prozent an den Kosten für Lärmschutz an kommunalen Straßen beteiligt, trägt der Bund mit 69,4 Prozent bei weitem die Hauptlast der Kosten des Verkehrslärmschutzgesetzes. Der Anteil der Länder liegt bei 7,1 Prozent, der Anteil der Kommunen bei 23,5 Prozent.

Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir nach dem Motto: "Lärmschutz vor Kilometer" und "Qualität vor Quantität" beim Straßenbau eine umweltpolitische Priorität setzen wollen, die natürlich bedeutet: Weniger Straßen zugunsten von mehr Umweltschutz.

Die von Ministerpräsident Stoltenberg vorgebrachten Einwände gegen das "Aufstellen von Lärmanierungsplänen" und angeblichen "erhöhten Verwaltungsaufwand" sind kommunalfeindliches Verhalten, denn gerade diese beiden Punkte sind auf Drängen und nach wiederholter Rücksprache mit den kommunalen Spitzenverbänden in das Gesetz aufgenommen worden.

Die Bundesratsmehrheit muß wissen, daß das im Bundestag fast einstimmig verabschiedete Verkehrslärmschutzgesetz das Ergebnis eines mühevollen Ringens und Eingehens von vielen Kompromissen war. Ein Aufschnüren dieses Paketes kann das "Aus" für den Kampf gegen den Verkehrslärm auf lange Zeit bedeuten. Die Verantwortung dafür liegt bei der CDU/CSU. Die Leidtragenden neben den lärmgeplagten Bürgern sind die Kommunen, die nach wie vor ein Hauptinteresse an einer schnellen Verabschiedung des Gesetzes haben, damit der Zustand der Rechtsunsicherheit und der Abhängigkeit von Gerichtsentscheidungen beendet werden kann.

(-/22.4.1980/vd-he/ca)



Viel zu viele Schwerbehinderte arbeitslos

Eine klarere gesetzliche Regelung könnte hilfreich sein

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seit Monaten nimmt die Zahl der Arbeitslosen Schritt für Schritt in erfreulichem Maße ab. Nur bei den Schwerbehinderten verhält es sich anders, die Zahl der Arbeitslosen unter ihnen wird nicht geringer, eher im Gegenteil. In Nordrhein-Westfalen ist die Lage besonders schlimm: Hier sind fast 20 Prozent der Schwerbehinderten erwerbslos.

In ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl, das im Juni endgültig verabschiedet werden soll, sagt die SPD: "Die noch immer wachsende Zahl arbeitsloser Schwerbehinderter macht uns große Sorge." Erforderlich sind weitergehende Maßnahmen, um tatsächlich eine Änderung zu bewirken. Die geltende Regelung, wonach die Unternehmen sechs Prozent ihrer Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten besetzen müssen und andernfalls zu einer Ausgleichszahlung verpflichtet sind, reicht offenbar nicht aus.

Man wird ernsthaft überlegen müssen, ob die Sechs-Prozent-Quote genügt und ob es nicht notwendig ist, die Ausgleichszahlung von 100 DM je Platz und Monat anzuheben. Wichtig aber ist es vor allem, daß die Plätze, die sich für Schwerbehinderte eignen, auch tatsächlich an schwerbehinderte Arbeitnehmer vergeben werden. Man schätzt, daß mindestens 70.000 solcher Plätze feilbesetzt sind.

Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg hat in jüngster Zeit mehrfach eine ganze Anzahl von Arbeitgebern wegen ihrer abweisenden Haltung gegenüber Schwerbehinderten gerügt. Daß diese Kritik nicht aus der Luft gegriffen war, läßt sich mit Zahlen aus einem großen Konzern in Westfalen belegen:

Beschäftigt werden von diesem Unternehmen rund 21.000 Arbeitnehmer, darunter 1.120 Schwerbehinderte, also weniger als die Pflichtzahl. Rund 2.000 Personen scheiden jährlich aus oder kommen neu hinzu. Doch in den vergangenen drei Jahren wurden weniger als 20 Schwerbehinderte eingestellt. Betriebsrat und der Vertrauensmann für die Schwerbehinderten wollen es nicht für möglich halten, daß dem Unternehmen angesichts der hohen Zahl schwerbehinderter Arbeitnehmer nicht mehr entsprechende Bewerber durch das Arbeitsamt genannt worden sind. Auch ich halte dies für ausgeschlossen.

Nun sagt zwar das Gesetz, Arbeitgeber und Betriebsrat sollten zugunsten der Schwerbehinderten vertrauensvoll zusammenarbeiten. Ob die Arbeitnehmervertreter jedoch jederzeit umfassend unterrichtet werden, sei dahingestellt. Da nützt es wenig, mangelnde Unterrichtung der Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber als Ordnungswidrigkeit einzustufen. Schwierig dürfte es nämlich sein, einen entsprechenden Nachweis zu führen. Der leer ausgegangene Schwerbehinderte hätte von einem möglichen Bußgeld des Arbeitgebers gar nichts.

Nein, auch hier gilt, daß Vertrauen zwar gut, Kontrolle aber besser ist. Niemandem würde zu nahe getreten, wenn das Arbeitsamt über jede Bewerbung eines Schwerbehinderten die Unternehmensleitung und den Vertrauensmann der Schwerbehinderten parallel unterrichten würde. Auf dieser Basis gleichwertigen Informationsstandes dürfte für die Schwerbehinderten am meisten getan werden können.

(-/22.4.1980/ks/ca)

+ + +



Strauß-Sprechblasen

Die CDU darf nur noch nicken

Von Peter Schellschmidt

Stellvertretender Sprecher des SPD-Vorstandes

Was der Kandidat Strauß der CDU und die Union damit insgesamt den deutschen Wählern zumuten, ist schon ein starkes Stück: Nach einem Dreivierteljahr, angefüllt mit regelmäßigen Sitzungen der Wahlkampfkommission, ist immer noch keine Unionsprogramm zur Bundestagswahl in Sicht. Zwar ist nach jeder Sitzung in schöner Einigkeit "Einigkeit" festgestellt worden, allein es fehlte immer am alles entscheidenden "Ja-Wort" des Kandidaten.

Das gilt auch nach der gestrigen Sitzung weiter, für die eigentlich (zum wievielen Male?) die endgültige Verabschiedung angekündigt war. Wenn man der FAZ - heute sozialistischer Neigungen gewiß noch unverdächtiger denn je - glauben darf, dann bestand auch am Montag wieder Einigkeit, wenn schon nicht über das Programm, so doch über den Fahrplan. Und der verdient, festgehalten zu werden: Der Programmentwurf soll erst nach dem 11. Mai (NRW-Wahl) veröffentlicht werden. Die CSU (dort hat die Zustimmung zu Strauß-Papieren ohnehin nur formal-demokratischen Charakter) hat ihren Landesausschuß auf den 17. Mai verschoben. Zwei Tage darauf darf dann der CDU-Parteitag in Berlin (19.-20. Mai) das Strauß-Papier "beraten".

Man stelle sich diesen Vorgang einmal übertragen auf die SPD - oder auch die FDP - vor: Nicht nur die eigenen Parteitage delegierten würden sich zu Recht verschaukelt fühlen, auch die kritische Öffentlichkeit hätte mit Sicherheit die demokratische Anstößigkeit dieses Verfahrens gerügt. Für die CSU (das wundert weniger) und die CDU (sie schien einmal auf einem anderen Weg) ist offenbar mit der Kandidatenentscheidung - bei der die Parteibasis auch nicht gefragt wurde - das Sachprogramm uninteressant geworden.

CSU-Generalsekretär Stoiber hat einmal gesagt: "Strauß ist unser Programm!" Wie wahr. Der demokratische Willensbildungsprozeß in der CDU bleibt dabei auf der Strecke.

Kritische CDU-Leute mögen sich noch winden: auch sie werden nicht umhin können, im Wahlkampf schließlich nur noch Strauß-Sprechblasen zu reproduzieren. Und auch das wird der Öffentlichkeit als normal verkauft werden, als "Geschlossenheit und Einigkeit". Und wenn die SPD ihren - längst veröffentlichten - Programmentwurf nach umfassender Beratung in den Parteigliederungen auf ihrem Parteitag im Juni zum Teil auch kontrovers diskutieren wird, dann wird man in den Medien wieder von "Zerstrittenheit" und "mangelnder Gefolgschaft für den Bundeskanzler" lesen und hören können.

Diese Unterschiedlichkeit der Ansprüche, an denen die Parteien gemessen werden, könnte betroffen machen. Uns Sozialdemokraten macht sie stolz, denn darin steckt unterschwellig ein Kompliment.

(-/22.4.1980/bgy/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hat auf der sicherheitspolitischen Informations- tagung der SPD-Bundestagsfraktion am vergangenen Sonntag ein Referat über das Thema "Gewerkschaften und Streitkräfte" aus Krankheitsgründen nicht selbst vortragen können. Wir dokumentieren den zweiten Teil des Referats, das sich mit der aktuellen Situation befaßt.

Abrüstung, Rüstungskontrolle, Rüstungskonversion und Friedensforschung

Die Sowjetunion hat durch ihr Vorgehen in Afghanistan in gefährlicher Weise über ihre eigene Machtsphäre hinausgegriffen. Sie hat damit objektiv die Kriegsgefahr erhöht. Die Besetzung Afghanistans hat Zweifel erweckt an der Glaubwürdigkeit der Sowjetunion im Entspannungsprozeß. Bei meinen Kontakten mit den Gewerkschaftsorganisationen der sozialistischen Länder trage ich diese Einschätzung vor und weise die absurde Theorie vom angeblichen "Hilferuf" zurück. Zurückzuweisen sind auch die Begründungen, die in jüng- ster Zeit in einem kleinen Teil der Presse vorgetragen werden, nach denen die Aktivi- täten westlicher Geheimdienste die Friedensmacht Sowjetunion zum militärischen Einschrei- ten gezwungen haben. Zum CIA, vor allem zu seiner Rolle in jener Region wäre viel zu sagen, aber all das ergäbe keinen Einmarschgrund. Wir haben es hier mit der klassischen Methode des "Haltet den Dieb" zu tun.

Andererseits ist es auch berechtigt und angebracht, sich über die Motive derjenigen Ge- danken zu machen, die den Einmarschbefehl gegeben haben. Wer über mögliche Motive nach- denkt, schlägt sich weder auf die Seite der Sowjetunion noch fällt er der NATO in den Rücken. Ich habe selten abwegigere Argumente gehört. Wenn die Antwort des Westens, die zweifellos nötig ist, richtig und genau dosiert ausfallen soll, dann ist es doch nicht von Schaden, über die Motive der Besetzer nachzudenken.

Die Motivanalysen haben allerdings dort ihre Grenze, wo es um die veränderte strategisch- Weltlage geht. Die Sowjetunion hat auf Flugplätze, die sie vorher gebaut hatte, moderne Kampfflugzeuge verlegt. Sie hat damit ihren militärischen Aktionsradius erweitert, denn diese Flugzeuge helfen ihr nicht zur Lösung ihrer militärischen Probleme in Afghanistan. Diese Flugzeuge stellen eine Bedrohung für andere Länder und für die Rohölversorgung Europas und Amerikas dar.

Die Sowjetunion hat dem Entspannungsprozeß mit ihrem Vorgehen in Afghanistan einen schlechten Dienst erwiesen. Sie hat die Kriegsgefahr erhöht. Die politische Führung unseres Landes ist nicht in den Kalten Krieg zurückgefallen, trotz eines politischen und publizistischen Dauerfeuers, das manchmal gefährliche Dimensionen angenommen hatte.

Oft wurde eine neue "Politik der Stärke" verlangt. Ich aber frage mich: "Was hat uns die alte 'Politik der Stärke' gebracht?" Welchen Sinn hätte eine solche Politik heute, welchen Sinn hat es, den Dialog mit der Sowjetunion und mit Osteuropa abreißen zu las- sen? Welchen Sinn hätte der Startschuß zu einem neuen Wettrüsten? Verdient solche Muskelprotzerei überhaupt den Namen "Politik"?

Afghanistan verlangt vor allem eine politische und weniger eine militärische Antwort. Der Verteidigungsminister hat es ausgesprochen: Es kommt auf unsere Entwicklungshilfe an. Dabei muß die Hilfe für die Menschen Priorität haben und nicht das Konservieren von wirtschaftlichen und sozialen Strukturen, die keine Zukunft haben. Hilfe für die Men- schen kann auch dort geleistet werden, wo unsere demokratischen und gesellschaftspoli- tischen Maßstäbe nicht erfüllt sind. Sie darf aber dann dem demokratischen und politi- schen Wandel nicht im Wege stehen. Es bleibt zu hoffen, daß das Beispiel Persien für unsere Pakistan-Politik lehrreich ist.

Auch Gedanken an Eingreiftruppen und eine Ausdehnung des Geltungsbereichs der NATO entsprechen der einseitig militärischen Denkform, wie sie Kurt Schumacher beschrieben hat. Solche Gedanken werden von den Ländern der Dritten Welt eher als eine Bedrohung empfunden und behindern die Wirksamkeit der entwicklungspolitischen Strategie.



Ich weiß auch nicht, welchen Sinn es haben soll, die Stärke und die Schlagkraft der westlichen Waffensysteme permanent unterzubewerten und - spiegelbildlich dazu - die militärischen Fähigkeiten des Ostblocks als riesenhaft darzustellen. Natürlich ist es eine allgemein menschliche Erscheinung, daß man die eigene Bedrohtheit intensiver erlebt als die Bedrohung, die die eigenen Waffen für den anderen darstellen. Aber man soll doch bitte die Kirche im Dorf lassen. Es soll ja Experten geben, die unser Verteidigungspotential so weit herunterjammern, daß es gerade noch die kriegerische Kapazität von Blasrohren darstellt. Natürlich müssen diese Blasrohre nachgerüstet werden.

Wenn man solche Experten liest oder hört, so drängt sich einem manchmal der Eindruck auf, daß sie vergessen haben, daß der Krieg in Europa jeden politischen Sinn verloren hat. Bisher habe ich von verantwortlicher Seite keinen Zweifel daran gehört, daß die Gegenseite sich dessen auch bewußt ist. Streitkräfte brauchen also nicht überlegen zu sein, um den Krieg zu verhüten, sondern stark genug, um das Risiko eines Angriffs unkalkulierbar zu machen. Ich weiß, daß die Bundesregierung und ihre westlichen Verbündeten von diesem Grundsatz ausgehen. Es wäre hilfreich, wenn auch von der anderen Seite mehr und deutlichere Zeichen und Signale in diese Richtung gesetzt würden.

Der Abzug von 20.000 Mann und 1.000 Panzern aus dem Reduzierungsraum war ein wichtiges Signal. Er bedeutet zwar nur eine unwesentliche Korrektur am bestehenden Ungleichgewicht bei Panzern und Mannschaftsstärken, aber er ist ein begrüßenswerter Schritt auf dem richtigen Wege. Der Westen sollte möglichst bald nachziehen, und zwar durch Reduzierung der Zahl der nuklearen Sprengköpfe auf dieser Seite des Reduzierungsraums.

Trotz dieses richtigen Schrittes frage ich mich, wie das viele hier im Raum tun, ohne der anderen Seite kriegerische Absichten zu unterstellen, warum sie glaubt, den 6.500 Kampfpanzern der NATO in Mitteleuropa 18.000 Kampfpanzer in der DDR, in Polen und in der Tschechoslowakei plus 8.500 Kampfpanzer in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion entgegenstellen zu müssen? Oder im Bereich der konventionellen Artillerie: 5.800 zu 2.600 Geschütze. Oder im Bereich der Mannschaftsstärken: 58 Divisionen in der DDR, in Polen und in der Tschechoslowakei plus 33 Divisionen in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion, macht zusammen 91 Divisionen zu 28 Divisionen der NATO.

Warum diese deutliche Überlegenheit? Sitzt das Trauma des Überfallenwerdens so tief? Oder ist es der Wunsch nach doppelt und dreifach genährter Sicherheit? Leider steht dem ein militärisches Paradoxon entgegen: Die Über-Sicherheit des einen ist die Un-Sicherheit des anderen. Beide sind dann am sichersten, wenn sie sich gleichgewichtig gegenüberstehen. Jedes Ungleichgewicht der Kräfte kann in Versuchung führen, und sei es auch nur in die Versuchung politischer oder wirtschaftlicher Pressionen.

Die Entspannungspolitik gerät in Gefahr, sobald sich eine Seite durch die bestehende oder drohende Überlegenheit der anderen Seite ernsthaft beunruhigt fühlt. Dies sind Selbstverständlichkeiten für diesen Kreis. Ich hoffe, mir war es gestattet, diese Selbstverständlichkeiten einmal auszusprechen.

Über die Politik der aktiven Friedenssicherung hat es nie eine Diskussion gegeben zwischen der SPD und den Gewerkschaften. Für uns ist selbstverständlich, die Entspannungspolitik auch in Zukunft uneingeschränkt zu unterstützen. Denn wir wissen sehr genau, daß alle unsere Bemühungen um mehr Freiheit und mehr soziale Gerechtigkeit umsonst wären, wenn wir den Frieden nicht erhalten könnten.

Die Schwierigkeiten und Gefahren sind größer geworden. Um so mehr muß es darum gehen, die Begriffe Entspannung und Gleichgewicht hoch zu halten. Militärisches Gleichgewicht ja, aber auf möglichst niedrigem Niveau - an diesem Ziel sollte sich auch nach Afghanistan nichts ändern. Denn es bleibt richtig, was Willy Brandt in Berlin gesagt hat: Die Menschheit ist in Gefahr, sich zu Tode zu rüsten.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auch das zitieren, was der Internationale Bund Freier Gewerkschaften in einem "Manifest des IBFG" niedergelegt hat: "Der IBFG wendet sich gegen die Auffassung, daß Wetrüsten eine Maßnahme der Friedenssicherung sei. Er setzt sich für die allgemeine kontrollierte Abrüstung und die Schaffung eines weltumspannenden Systems der kollektiven Sicherheit ein."



Dies am 20. April 1980 zu zitieren, heißt die Gefahr auf sich nehmen, Hohngelächter zu ernten. Ich bin zuversichtlich, in diesem Kreis verstanden zu werden, weil all das, was sich seit dem 27. Dezember 1979 aus der Fraktion der SPD, vom Bundeskanzler und vom Bundesverteidigungsminister gehört habe, in diese Richtung geht. Willy Brandt hat davon gesprochen, daß jetzt mehr Entspannung nötig sei und nicht weniger.

Das ist für mich die eigentliche Überraschung gewesen, beim Durchdenken der Situation: Es bleibt all das richtig, was der Bundeskanzler in Berlin dargelegt hat. Es bleibt richtig, was er zu den MBFR-Verhandlungen gesagt hat und zum westlichen Rückzug von Nuklear-Sprengköpfen, weil die von der östlichen Seite als größte Bedrohung empfunden werden. In Klammern kann man hinzufügen: Es muß ja auch dem eigenen Sicherheitsgefühl nicht abträglich sein, wenn man weiß, daß man zukünftig auf einer etwas kleineren Anzahl von Atom-Sprengköpfen leben kann.

Wenn man Abrüstung ernst meint, dann muß man sich über ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen im klaren sein. Der IBFG hat in dem von mir schon einmal zitierten Manifest angekündigt, daß es konstruktive Vorschläge entwickeln wird, wie die ungeheuren Mittel und das umfangreiche Produktionspotential, die heute in den Dienst der Rüstung gestellt sind, zu friedlichen Produktionszwecken umgestellt werden können und so zu einer Welt des Friedens beitragen. Rüstungskonversion nennen das die Fachleute.

Ich denke, es würde uns Deutschen gut anstehen, wenn wir mit der Analyse von Problemen der Rüstungskonversion anfangen würden. Die SPD-Bundestagsfraktion ist vom Berliner Parteitag aufgefordert worden, eine Enquete-Kommission einzusetzen, die die Bedeutung des Rüstungssektors in der Bundesrepublik Deutschland prüft und alle arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen untersucht, die sich aus der Umsetzung von Rüstungskapazitäten in zivile Fertigungs- und Forschungskapazitäten ergeben könnten.

Diese Forderung entspricht auch der gewerkschaftlichen Beschlußlage. Ich gehe davon aus, daß die SPD-Bundestagsfraktion diese Enquete-Kommission demnächst einsetzen wird und biete die Zusammenarbeit und die Mitarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes an.

Ohne dieser Kommission vorgreifen zu wollen, kann man - glaube ich - jetzt schon sagen, daß wir in der Bundesrepublik nicht schlecht damit gefahren sind, daß wir zunächst aus den bekannten Gründen fast gar keine Rüstungsindustrie hatten, beziehungsweise eine Rüstungsproduktion erst verspätet und im Vergleich zu anderen Ländern relativ wenig umfangreich aufgenommen haben. Diese Tatsache hatte zumindest keine negativen, wahrscheinlich aber einen positiven Einfluß auf unsere wirtschaftlichen Wachstumsraten.

Obwohl die Zahl der direkt mit der Rüstungsproduktion beschäftigten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik nicht wesentlich über 150.000 liegt, gibt es im Zusammenhang mit der schwierigen konjunkturellen und arbeitsmarktmäßigen Situation immer wieder Versuche, entweder die Beschränkung der Rüstungsexporte zu lockern oder einen negativen Zusammenhang zwischen Abrüstung und Arbeitsplatzsicherung in der Rüstungsindustrie herzustellen. In anderem Zusammenhang habe ich diese Tätigkeit als industriepolitisches Botschaftertum bezeichnet. Der IG Metall gebührt Anerkennung dafür, wie sie diese Tendenzen aufgefangen und unmißverständlich folgendes festgestellt hat: Erstens: Große Kapazitäten für die Produktion von Rüstungsgütern bringen jede Regierung in ver-



stärkte Abhängigkeit von der Auslastung dieser Kapazitäten. Außenpolitisch wird dadurch die internationale Handlungsfähigkeit der Regierung gefährdet, Innenpolitisch engt der Zwang zur Auslastung von Rüstungskapazitäten den Spielraum für konsequente Reformpolitik ein. Zweitens: Es sollte alles getan werden, um die überwiegende Abhängigkeit einzelner Unternehmen von der Rüstungsproduktion abzubauen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diejenigen Unternehmen, die einen nennenswerten Anteil ziviler Produktion neben der Rüstungsproduktion aufrechterhalten, wesentlich besser in der Lage sind, Beschäftigungsschwankungen im Rüstungsbereich auszugleichen.

Soweit die IG Metall. Wer zur Rüstungskonversion ja sagt, muß auch die Friedens- und Konfliktforschung unterstützen. Ich weise auch in diesem Zusammenhang zustimmend auf den Antrag "Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik" hin, der vom Berliner Parteitag verabschiedet wurde. Ich finde es zutiefst bedauerlich, daß die Länder Bayern und Niedersachsen die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung verlassen haben, ohne die in ihrem Sinne erfolgten Veränderungen zur Kenntnis zu nehmen oder abzuwarten. Wir alle wissen, daß unter der Bezeichnung "Friedens- und Konfliktforschung" so manches Pflänzlein sprießt - vielleicht auch manches Unkraut. Abwege und Irrwege gibt es hier genauso wie in der militärischen Forschung und der Waffenentwicklung. Aber wir sollten uns der Friedens- und Konfliktforschung stellen - und wir können es. Wer den Dialog mit ihr abbricht, muß sich vorwerfen lassen, ohne Not eine wichtige Chance verspielt zu haben.

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, nun habe ich zu guter Letzt selbst das bestätigt, was ich eingangs gesagt hatte: Gewerkschafter wollen - wenn sie über Sicherheitspolitik reden - am liebsten über Abrüstung, Rüstungskontrolle, Rüstungskonversion und Friedensforschung reden. Wir können und wollen nicht über unsere Schatten springen. Friedensbewegung und Arbeiterbewegung sind historisch eng verbunden. In der Vergangenheit war es die Arbeiterschaft, die die Hauptlasten der Kriege getragen hat. Daraus erwächst eine besondere Verpflichtung und Verantwortung der Gewerkschaften. Den nächsten Krieg würden wir nicht überleben. Deshalb machen wir die Friedenspolitik zu unserer eigenen Sache. (-/22.4.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

